



DATENSCHUTZ IM MANDAT

Datenschutzhinweise für Mandanten

Informationen nach Art. 13 und 14 DSGVO

Stand: August 2026

Diese Hinweise gelten für die Verarbeitung personenbezogener Daten bei Mandatsanfragen, in übernommenen Mandaten und bei der anschließenden Kanzleiorganisation. Sie ergänzen die Datenschutzhinweise für die Website.

01 · ALLGEMEINE REGELUNG

Verantwortlicher

Rechtsanwalt Sebastian Geidel LL.M., Prießnitzstraße 24b, 04179 Leipzig

Telefon: 0341 331 18 930 · Fax: 0341 331 18 931

E-Mail: info@ra-geidel.de

Es ist kein Datenschutzbeauftragter für die Kanzlei benannt. Datenschutzanfragen können unmittelbar an die vorstehenden Kontaktdaten gerichtet werden.

02 · ALLGEMEINE REGELUNG

Kategorien und Herkunft der Daten

Je nach Mandat werden insbesondere folgende Daten verarbeitet:

- Stamm- und Kontaktdaten, Legitimations- und Vertretungsangaben;
- Kommunikations-, Termin-, Fristen-, Vertrags- und Abrechnungsdaten;
- Sachverhalts-, Verfahrens-, Beweis- und Forderungsdaten sowie Angaben zu Gegnern, Beteiligten, Zeugen und sonstigen Dritten;
- besondere Kategorien personenbezogener Daten, etwa Gesundheits-, Gewerkschafts- oder Religionsdaten, soweit sie für die Rechtsberatung oder Rechtsverfolgung erforderlich sind;
- Daten über strafrechtliche Vorwürfe, Verurteilungen und Straftaten, soweit sie für das Mandat erforderlich sind.

Die Daten stammen in erster Linie vom Mandanten. Weitere Quellen können Gegner und Beteiligte, Gerichte, Behörden, Staatsanwaltschaften, Versicherer, Sachverständige, Zeugen, öffentliche Register, öffentlich zugängliche Quellen und mitwirkende Berater sein.

03 · ALLGEMEINE REGELUNG



Zwecke und Rechtsgrundlagen

Die Verarbeitung erfolgt zur Prüfung und Anbahnung eines Mandats, zur Identifikation und Konfliktprüfung, zur Rechtsberatung und Vertretung, zur Kommunikation, Fristenkontrolle, Dokumentation, Abrechnung sowie zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Ansprüchen.

Rechtsgrundlagen sind insbesondere Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO für Vertragsanbahnung und Mandatsdurchführung, Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO für gesetzliche Pflichten – etwa aus BRAO, Steuer- und Geldwäscherecht – sowie Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO für eine sichere und wirtschaftliche Kanzleiorganisation, Konfliktprüfung und Anspruchssicherung. Das berechtigte Interesse liegt jeweils in der ordnungsgemäßen Berufsausübung und dem Schutz der Kanzlei und ihrer Mandanten.

Besondere Kategorien personenbezogener Daten werden, soweit erforderlich, insbesondere nach Art. 9 Abs. 2 lit. f DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen verarbeitet. Daten über Straftaten und strafrechtliche Verurteilungen werden nach Art. 10 DSGVO in Verbindung mit dem anwendbaren anwaltlichen Berufs- und Verfahrensrecht verarbeitet. Eine Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO wird nur herangezogen, wenn dies im Einzelfall ausdrücklich vereinbart ist.

04 · ALLGEMEINE REGELUNG

Empfänger und Kategorien von Empfängern

Daten werden nur übermittelt, soweit dies für das Mandat, eine gesetzliche Pflicht oder die Kanzleiorganisation erforderlich ist. Empfänger können insbesondere Gerichte, Behörden, Staatsanwaltschaften, Gegner und deren Vertreter, Gerichtsvollzieher, Notare, Sachverständige, Zeugen, Versicherer, Rechtsschutzversicherer, Korrespondenzanwälte, Steuerberater, Banken, Post- und Telekommunikationsdienste sowie sonstige am Verfahren beteiligte Stellen sein.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit eine Offenlegung nicht bereits vom Mandat oder einer gesetzlichen Befugnis gedeckt ist, wird sie vorab abgestimmt.

05 · ALLGEMEINE REGELUNG

Kanzleisoftware und Dienstleister

Zur digitalen Akten- und Kanzleiorganisation wird Actaport der dokSAFE GmbH, Weißenfelder Straße 71, 04229 Leipzig, eingesetzt. Für Postdigitalisierung und Posteingang kann CAYA genutzt werden. Rechnungs- und Buchhaltungsdaten werden mit Lexware Office der Haufe-Lexware GmbH & Co. KG verarbeitet. Hinzu kommen Hosting-, E-Mail-, IT-Sicherheits-, Wartungs-, Telekommunikations- und Aktenvernichtungsdienstleister.

Dienstleister werden nach Art. 28 DSGVO vertraglich gebunden. Soweit sie Zugang zu anwaltlichen Berufsgeheimnissen erhalten können, werden zusätzlich die Anforderungen des § 43e BRAO und § 203 StGB umgesetzt.

06 · ALLGEMEINE REGELUNG



Drittstaaten und Kommunikation

Eine Übermittlung außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums erfolgt nur, wenn sie für das Mandat erforderlich ist oder ein eingesetzter Dienstleister Unterauftragnehmer in einem Drittstaat nutzt und die Voraussetzungen der Art. 44 ff. DSGVO erfüllt sind. Als Garantien kommen insbesondere Angemessenheitsbeschlüsse oder EU-Standardvertragsklauseln in Betracht. Weitere Informationen können über die oben genannten Kontaktdaten angefordert werden.

Bei unverschlüsselter E-Mail-Kommunikation bestehen technische Risiken. Teilt der Mandant eine E-Mail-Adresse mit und wird kein anderer Weg vereinbart, darf die Kanzlei diese im erforderlichen Umfang nutzen. Für besonders vertrauliche oder umfangreiche Unterlagen kann ein sichererer Übermittlungsweg abgestimmt werden.

07 · ALLGEMEINE REGELUNG

Speicherdauer

Mandats- und Handaktendaten werden grundsätzlich für sechs Jahre aufbewahrt; die Frist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Auftrag beendet wurde (§ 50 BRAO). Buchungsbelege werden grundsätzlich acht Jahre, Geschäftsbriefe grundsätzlich sechs Jahre aufbewahrt (§ 147 AO). Titel, Vergleichsurkunden und sonstige dauerhaft benötigte Unterlagen können länger gespeichert werden.

Darüber hinaus erfolgt eine Speicherung, solange sie zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten, zur Wahrung berechtigter Interessen oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Ansprüchen erforderlich ist. Nicht übernommene Mandatsanfragen können zur Dokumentation der Konfliktprüfung und zur Abwehr möglicher Ansprüche bis zum Ablauf der einschlägigen Verjährungsfristen aufbewahrt werden.

08 · ALLGEMEINE REGELUNG

Bereitstellungspflicht und Folgen

Die Bereitstellung der für Identifikation, Konfliktprüfung, Sachverhaltsaufklärung und Mandatsbearbeitung erforderlichen Daten ist für den Vertragsschluss und die Durchführung des Mandats notwendig. Ohne diese Daten kann ein Mandat gegebenenfalls nicht angenommen oder sachgerecht bearbeitet werden. Eine ausschließlich automatisierte Entscheidung mit rechtlicher oder ähnlich erheblicher Wirkung findet nicht statt.

09 · ALLGEMEINE REGELUNG

Rechte betroffener Personen

Betroffene Personen haben nach Maßgabe der gesetzlichen Voraussetzungen das Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO), Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO) und Widerspruch (Art. 21 DSGVO). Eine Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden (Art. 7 Abs. 3 DSGVO). Berufsrechtliche Verschwiegenheit, Rechte Dritter sowie gesetzliche Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten können einzelne Rechte begrenzen.

Beschwerden können an eine Datenschutzaufsichtsbehörde gerichtet werden. Zuständig am Kanzleisitz ist die Sächsische Datenschutz- und Transparenzbeauftragte, Maternistraße 17, 01067 Dresden, www.datenschutz.sachsen.de.